

Antrag

der Fraktion der CDU/CSU

Den NATO-Gipfel in Vilnius zum historischen Wendepunkt für europäische Sicherheit und transatlantische Lastenteilung machen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die NATO ist das bedeutendste sicherheitspolitische Verteidigungsbündnis der Welt. Deutschland profitiert seit seinem Beitritt am 6. Mai 1955 nicht nur von der gemeinsamen Sicherheitsarchitektur in Europa, sondern auch vom umfassenden Schutz durch die USA. Deutschland ist dabei bislang vorrangig Empfänger von Sicherheit durch das transatlantische Engagement der USA. Entsprechend groß ist die Erwartungshaltung unserer Partner in Mittel- und Osteuropa (www.euractiv.com/section/politics/news/czechia-calls-for-german-leadership-in-european-security/) und den USA (www.dw.com/en/austin-germany-will-continue-to-exercise-leadership/video-64472635) an Deutschland als größter Volkswirtschaft in Europa, endlich die vielfach geforderte und von Bundeskanzler Scholz im Rahmen der von ihm postulierten „Zeitenwende“ beanspruchte deutsche Führungsrolle für die Sicherheit in Europa zu übernehmen. Damit soll Deutschland mehr noch als bisher zu einem Sicherheitsgeber in dem Verteidigungsbündnis werden und damit zur fairen Lastenteilung in der NATO beitragen.

Am 11. und 12. Juli 2023 findet der NATO-Gipfel in Vilnius statt, der nach über einhalb Jahren des völkerrechtswidrigen und in seiner Führung internationales humanitäres Völkerrecht verletzenden Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine und gegen die internationale regelbasierte Ordnung ein Wendepunkt werden muss. Russland hat mit dem Angriff auf die Ukraine nicht nur das Völkerrecht, die Charta von Paris, die Schlussakte von Helsinki, sondern auch Sicherheitsabkommen wie das Budapester Memorandum und die NATO-Russland-Grundakte gebrochen.

Deutschland hat durch die Verzögerungen und Blockaden bei der Unterstützung der Ukraine mit schweren Waffen im vergangenen Jahr viel an Vertrauen und Reputation bei seinen NATO-Partnern eingebüßt. Bundeskanzler Scholz hat konkrete Versprechen wie die dauerhafte Stationierung einer Brigade in Litauen, die nun erst nach Druck der Verbündeten zustande kommen zu scheint, sowie die dauerhafte Zurverfügungstellung von 30.000 Bundeswehr-Soldaten ab 2025 für die NATO gemacht, die anschließend von der Bundesregierung in Frage gestellt wurden; die notwendige materielle Vollausstattung sei nicht realistisch machbar. Selbst Mitglieder der Regierungsfractionen zeigten sich angesichts vollmundiger Versprechen, die von Deutschland nicht eingehalten werden können, überrascht (www.tagesspiegel.de/politik/versprochen-gebrochen-bundeswehr-erfullt-nato-zusage-nur-bedingt-9641105.html).

Vielmehr erklären Generalinspekteur und sein Stellvertreter, dass die Bundeswehr weiterhin nur „bedingt einsatzbereit“ sei und ihre „Verpflichtungen gegenüber der NATO nur eingeschränkt wahrnehmen“ könne (www.tagesspiegel.de/politik/einsatzbereitschaft-nur-bedingt-moglich-bundeswehr-kann-laut-medienbericht-nato-zusagen-nicht-erfullen-9638174.html). Deutschland ist damit aktuell kein verlässlicher Partner in der NATO und trägt nicht zu einer glaubwürdigen Lastenteilung mit den USA bei.

Die im Rahmen der Zeitenwende selbst beanspruchte Führungsrolle Deutschlands in Europa erfordert allerdings umgehend die Erfüllung unserer NATO-Bündnisverpflichtungen durch modern ausgestattete Streitkräfte, die in der Lage sind, den Schutz unseres Landes und unserer Bündnispartner sicherzustellen. In der aktuellen Haushaltsaufstellung für 2024 ist deshalb ein Bekenntnis zum NATO-2-Prozent-Ziel als finanzielle Untergrenze notwendig, die sich in der mittelfristigen Finanzplanung nachvollziehbar widerspiegelt.

Zudem muss der NATO-Gipfel durch die Initiative und das Engagement Deutschlands zu einem Wendepunkt im Umgang des Bündnisses mit der Ukraine und ein Signal der Solidarität gegenüber Moldau und auch Georgien werden. Deutschland kann hier die Chance nutzen, um Vertrauen und Reputation insbesondere in Mittel- und Osteuropa, bei der Ukraine und den USA wiederherzustellen. Durch Verantwortungsübernahme, Koordinierung und Initiative könnte Deutschland endlich vom Sicherheitsempfänger zum Sicherheitsgeber werden. Langfristig muss eine verstärkte Abschreckung in und verstärkt auch durch Europa erfolgen, weil die transatlantischen Partner sich zunehmend Sicherheitsherausforderungen im Indopazifik widmen werden und müssen. Angesichts einer bereits laufenden sukzessiven Anspannung der Sicherheitslage im Indopazifik sollte Deutschland seiner Verantwortung für die europäische Sicherheitsarchitektur gerecht werden und ein glaubwürdiges Zeichen transatlantischer Lastenteilung setzen.

II. Vor diesem Hintergrund fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf,

im Rahmen des NATO-Gipfels am 11. und 12. Juli 2023 in Vilnius,

1. die Ukraine gemeinsam mit unseren NATO-Partnern in eine Sicherheitsarchitektur einzubinden, die eine dauerhafte Sicherheit der Ukrainer vor russischer Aggression ermöglicht, die die territoriale Integrität der Ukraine wahrt, die eine Westintegration der Ukraine sicherstellt und perspektivisch auch einen Beitritt zur NATO ermöglichen soll;
2. für eine Stärkung der Beziehungen zwischen der NATO und der Ukraine einzutreten und die institutionelle Zusammenarbeit zu intensivieren, so durch
 - a) die Einsetzung eines „NATO-Ukraine-Rats“, nicht nur als klares Zeichen der Solidarität;
 - b) die Einladung der Ukraine zu den Sitzungen des Nordatlantikrates;
3. mit der Einhaltung bereits getätigter Zusagen an die NATO und einer klaren, einheitlichen Kommunikation wieder berechenbarer und verlässlicher Partner innerhalb des Bündnisses zu werden und verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen;
4. das Versprechen des Bundeskanzlers und des Bundesministers der Verteidigung zur Bereitstellung einer „robusten Kampfbrigade“ in Litauen einzuhalten, umgehend ein umfassendes Konzept für Stationierung und Finanzierung dieser Brigade mit den litauischen Partnern auszuarbeiten und diese Brigade mit höchster Einsatzbereitschaft in die NATO-Verteidigungsplanung zu integrieren;

5. insbesondere bei der Beschaffung von Munition eine Führungsrolle einzunehmen und die Hängepartie um die Munitionsbeschaffung über die European Peace Facility rasch zu beenden, wozu die sofortige Auftragserteilung und Planung der Munitions- und Waffenproduktion wie auch eine Beschaffungsstrategie für die deutsche und europäische Rüstungsindustrie und der Aufbau entsprechender Kapazitäten und Produktionslinien gehört, wie es der NATO-Generalsekretär bereits im Sommer 2022 gefordert hat;
6. die Erhöhung der Verteidigungsausgaben der Bundesrepublik Deutschland auf mindestens 2 % des BIP als finanzielle Untergrenze festzuschreiben und somit ein klares Zeichen der Bündnissolidarität und Verlässlichkeit Deutschlands als Anlehnungspartner für unsere Nachbarn in Europa unter Beweis zu stellen;
7. das 100-Milliarden-Sondervermögen nur als den ersten Schritt der Ausstattung der Bundeswehr zu betrachten, um die NATO-Kriterien wie Munitionsbestände, Kaltstartfähigkeit und Einsatzfähigkeit wieder voll zu erfüllen und zudem im Vorfeld des Gipfels konkrete Verbesserungsvorschläge für den Beitrag der Bundeswehr zu präsentieren, besonders hinsichtlich Beschaffungsprozessen und Logistik;
8. die Umsetzung des Zieles der Vollausrüstung der Bundeswehr mit konkreten Plänen und Zeitlinien nachvollziehbar anzugehen;
9. einen klaren und nachvollziehbaren Plan mit Zeitlinien vorzulegen, wie das Ziel der Division 2025 und die weiteren Schritte aus dem Fähigkeitsprofil der Bundeswehr bis 2031 umgesetzt werden soll, um damit die Grundlage für den Ausbau der Bundeswehr zu den stärksten konventionellen europäischen NATO-Streitkräften in Europa voranzutreiben;
10. einen klaren Beitrag zu leisten, unter anderem durch die deutsche Beteiligung am „Futures in the Indo-Pacific“-Programm der NATO, um die Beziehungen der NATO mit ihren Partnerstaaten im Indo-Pazifik, insbesondere Japan, Australien und Südkorea, vor dem Hintergrund der zunehmenden chinesischen Aggressivität zu stärken und gleichzeitig den strategischen Dialog mit Indien zu intensivieren;
11. die wiedergewählte türkische Regierung an ihre Verpflichtungen als NATO-Mitglied zu erinnern und darauf hinzuwirken, dass die Türkei ihre Blockade des NATO-Beitritts von Schweden aufgibt;
12. die Sorgen derjenigen NATO-Partner insbesondere an den Außengrenzen der NATO, die sich bislang nur sie betreffenden konfliktträchtigen Entwicklungen ausgesetzt sehen, ernstzunehmen, so zur Solidarisierung innerhalb der NATO beizutragen und die Entwicklung von Plänen zur Unterstützung dieser Partner anzutreiben;
13. zügig eine Resilienzstrategie zu erarbeiten, die die infrastrukturellen Aspekte der Gesamtverteidigung ebenso anspricht wie die Resilienz gegen Desinformation und hybride Kriegsführung;
14. sich auch innerhalb der EU für eine Stärkung der europäischen Verteidigungskapazitäten einzusetzen und der hiermit verbundenen besonderen Verantwortung Deutschlands gerecht zu werden;
15. NATO-Standorte in Osteuropa zu unterstützen und angesichts des einseitigen Bruchs der NATO-Russland-Grundakte durch Russland nicht weiter zu beschränken.

Berlin, den 4. Juli 2023

Friedrich Merz, Alexander Dobrindt und Fraktion

